

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unverlangt eingelegten Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Spaa-Debatte im Reichswirtschaftsrat.

Die Referate der Minister.

E. D. Das Haus ist bis auf den letzten Platz besetzt. Nur einige Mitglieder haben sich entschuldigt. Auch die Tribünen sind gefüllt. Damen und Herren in bunter Reihe. Der stille Konflikt mit dem Abgeordnetenhaufe, dem Besitzer der ganzen Räumlichkeiten, ist beigelegt. Herr Leinert, der Präsident der Landesversammlung, befreit in einem Telegramm, daß von ihm der Reichswirtschaftsrat „sabotiert“ worden sei. Inzwischen sind die dem Hause entzogenen Teppiche, Läufer und Zintenläufer wieder herbeigebracht. Auch die der Presse vorzuhaltenden Räume sind nunmehr zur Verfügung gestellt worden. Es ist also nun alles in Ordnung.

Auf der Regierungsbank vermisst man zu Beginn der Verhandlungen den Reichsminister, dessen Erscheinen man allgemein erwartet hatte. Auf seinem Platz hat sich, in tadelloser geschmittener Cutaway, Herr Scholz, der neue Reichswirtschaftsminister niedergelassen. Neben ihm sitzt, was viel bemerkt wird, der Reichspräsident Ed. Be. Zahlreiche Regierungskommissare hinter ihnen. Im Parkett der Abgeordneten tauchen viele Köpfe der Industrie, Handels- und Arbeiterwelt auf. Hugo Stinnes befindet sich ziemlich in der Mitte des Saales. Mit verengtem Blick schaut er dem Verlauf der Dinge zu. Neben ihm die beiden Bergarbeiterführer Hue und Jundlich. Karl Legien, der Führer der freien Gewerkschaften, wandelt eine Weile von Platz zu Platz, um sich mit den verschiedensten Rednern zu besprechen. Rudolf Wissell, der frühere Chef des Reichswirtschaftsministeriums, macht sich eifrig Notizen. Weißliche Mitglieder sind so gut wie gar nicht vorhanden. Eine einzige Konzeptionschulzin hat sich, in einer schlichtgrauen Gewandung, eingeblendet.

Der Vorsitzende, Herr v. Braun, eröffnet 11 1/2 Uhr die Sitzung. Ein paar Worte gegen den Vorwurf, daß der Reichswirtschaftsrat vor dem Reichstag einberufen worden sei. Murrn. Es handele sich hier um sachverständige Beratungen, nicht um politische Debatten. Politische Beschlüsse müßte das Urteil der Sachverständigen vorangehen. Daher der heutige Zusammentritt des Oremiums. Irgehwelche politische Erörterungen sollen in diesem Hause ausgeschlossen sein. Darauf wurde er sich heute streng achten. Zustimmung. Als Redner haben sich vorkemmt lassen die Minister Scholz, Brauns, Hermes, und als Sachverständiger Dr. Kathanau.

Dr. Scholz leitet den Reigen der Redner ein. Langsam aber sicher schiebt sein Vortrag dahin. Manchmal taucht das Auge mächtig ins Manuskript. Eine temperamentvolle Geheimratsrede. Thema: Kohlenfrage. Nichts Neues. Wiederholung des bisher Bekannten. Den anderen Ministern, die nach ihm das Wort ergreifen werden, wird es wahrscheinlich nicht anders gehen. Nach den Referaten in Spaa, nach den Besprechungen im Kabinett, nach den Verhandlungen im Reichstagsausschuß, nach den Berichten der Presse wird auch im Reichswirtschaftsrat noch einmal dieselbe Matte auf daselbe Grammophon gelegt. Trotzdem lauscht das Haus aufmerksam. Kein Mitleidenswort für die monotone Ministerrede. Einige Ziffern klappen wie Leuchtfeuer auf. Müdigkeit beschleicht, die der großen Hitze, die Zuhörer, und nicht nur von der Zuckerschmelze schleicht sich allmählich dieser und jener enttäuscht fort. Scholz resumiert: Immerhin eine Verbesserung des Friedensvertrages in der Kohlenfrage. Aber doch eine fast unerträgliche Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. Die Erfüllung des Kohlenabkommens ist in erster Linie eine Arbeiterfrage. Die tariflich festgelegte Arbeitszeit soll nicht angefaßt werden. Eine Erweiterung des Braunkohlebergbauens ist notwendig. Eine Verringerung der Kohlenverteilungskontingente ist erforderlich. Arbeitervertreter sollen dazu mit herangezogen werden, um vor allem dem Kohlenhändlerhandel zu begegnen. An übrigen wird vielleicht eine Zusammenlegung oder Umächtigung der Industrie notwendig sein, um die Kohlen besser rationieren zu können. Die Regierung hat bereits Erörterungen darüber eingeleitet. Schlichter Bravourvortrag.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, seines Zeichens Pfeiler und Sozialpolitiker, tritt vor. Älterer Herr. Glatttafeliertes Gesicht. Gelichstes weißes Haar. Bis oben zugedämpfter schwarzer Rock mit schwarzem Schläps. Kräftiges Organ mit starker Resonanz. Konservativ ohne Pathos. Die Arbeiter fühlen sich solidarisierlich in der ganzen Frage. Damit müssen wir rechnen. Die Bergarbeiter haben sich in der letzten Zeit durch Ueberstiegen der Erfordernisse der Stunde angepaßt. Wiedermarschieren stattdessen Zahlenreihen auf, um die Steigerung der Kohlenproduktion darzutun. So sehr die Bergarbeiter auch ihre Interessen betonen, so sehr sind sie auch bereit, an dem Wiederaufbau Deutschlands und Europas mitzuarbeiten. Der Bergbau muß aber auch technisch ausgebaut werden. Ein zum Beispiel in der Organisation der Betriebe nicht Vereinfachungen und Verbesserungen möglich? Brauns ist bald zu Ende.

Der Ernährungsminister Hermes wird aufgerufen. Er schlägt einen lebhafteren Ton an: Das Spaa-Abkommen schafft uns vom Standpunkte der Lebensmittelerzeugung eine wesentliche Erleichterung. Auch im Hinblick auf die Preise für die Importe. Zurzeit wird ein Plan über die Nahrungsmittelerzeugung aus dem Ausland im Ministerium ausgearbeitet. Eine Senkung der Lebensmittelpreise ist eine Herabminderung der Preise für die importierten Düngemittel zur Voraussetzung. Dazu sollen jetzt die ersten Schritte getan werden.

Die Regierungserklärungen sind damit erschöpft. Wissell schlägt vor, die Sitzung zu vertagen, um den einzelnen Abteilungen vorerst Gelegenheit zu geben, sich über die Referate intern zu beraten. Eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Morgen treten die Bergarbeiterführer zusammen. Deren Beschlüsse will man erst abwarten und dann am Sonnabend

Polen zu Verhandlungen mit Rußland aufgefordert.

Eine neue englische Note.

Rumänische Einmischung?

London, 22. Juli. (W. T. B.)

Neuer erfährt: Die englische Antwort auf die Sowjetnote ist gestern abend überandt worden. Es wird darin vorausgesetzt, daß die Sowjetregierung bereit ist, Frieden zu schließen. Um aber einwilligen die Aufrichtigkeit der Sowjetregierung zu prüfen, sind die Polen aufgefordert worden, selbst um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Wenn die Sowjetregierung nicht bereit ist, Frieden zu schließen, und in Polen eindringt, so werden die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Handels mit Sowjetrußland eingestellt werden. Vorläufig wird die russische Mission, die sich gegenwärtig in Reval befindet, nicht nach England weitergehen.

In einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Mitteilung heißt es, aus der russischen Note gehe deutlich hervor, daß in Moskau zwei Parteien, eine Kriegs- und eine Friedenspartei vorhanden sind. Welche von beiden die Oberhand behalten werde, werde sich wahrscheinlich noch Ende der Woche zeigen.

In der gestrigen Unterhausitzung erklärten in der Debatte Asquith und Lord Robert Cecil, es sei zu beklagen, daß die Intervention des Völkerbundes in dem russisch-polnischen Streit nicht eher angestrebt worden sei. Diese Ausführungen gaben Lloyd George Veranlassung, so folgen, die jüngste Antwort Rußlands habe eine große Rücksicht für den Völkerbund zum Ausdruck gebracht.

Die Lage an der polnischen Front.

Der polnische Frontbericht vom 22. Juli bestätigt die in den beiden letzten Nummern geschilderte Lage. Der Durchbruch bei Grodno ist in südwestlicher Richtung über Grodno hinaus 13 Kilometer auf Bialostok erfolgt. Die polnischen Kruppen hielten nach dem Bericht noch bei Lunne etwa 60 Kilometer südöstlich Grodno am Njemen und bei Wolka am Schara etwa 30 Kilometer im Ostflüßchen von Lunne. Des weitern verlief die Kampflinie am Schara entlang über Słonim in großem Bogen nach Süden umbiegend durch die Poljesje auf die etwaige Linie gegeben im heutigen Morgenblat.

Den Vorstoß der berittenen Armee Budjanni in Richtung Kowel, Brest-Litowsk und Warschau aufzuhalten, ist, wie bereits früher gesagt, den Polenzeitung gelungen. Andernfalls wäre bei weitem Bormarsch auch nur annähernd mit derselben Geschwindigkeit, wie der russische Bormarsch im Norden sich vollzogen hat, die Einkreisung der russischen Nordarmee über die Linie Brest-Litowsk, Siedlec Laßake geworden, oder hätte den Rückmarsch der polnischen Nordarmee in regellose Flucht verwandeln müssen.

Wenn es den Polen nicht glückt, das weitere Fortgehen der Umfassung des rechten russischen Flügels jezt in ähnlicher Weise zu verhindern, so wird das Schicksal der großen polnischen Armee nicht mehr aufzu-

halten sein. Die Weigerung der deutschen Regierung, irgendwelchen Truppen, sei es russischen, polnischen oder solchen der Entente-Durchzug oder treten deutschen Bodens zu gestatten wird dann ausschlaggebend in Erscheinung treten.

Major Proy.

Sopchagan, 22. Juli. (W. T. B.)

Einem Telegramm aus Warschau zufolge besagt der polnische Heeresbericht: An der Nordfront jezt das polnische Heer den Rückzug fort und kämpft jezt am Czernica-Fluß. Auf der übrigen Front wurden zahlreiche bolschewistische Angriffe mit Erfolg unter schweren Verlusten für den Feind abgelehnt. Der Feind hat vergebens bei Lubno und an der Brucz-Güte angegriffen. Zum Freiwilligenheer erfolgen zahlreiche Meldungen. Die Bevölkerung zeigt eine enorme Opferwilligkeit. Alle politischen Parteien nehmen an der patriotischen Aktion teil. Es wird hervor-gehoben, daß die Sozialdemokraten sich der Freiwilligenaktion angeschlossen und die Arbeiter aufgefordert haben, zu den Fahnen zu eilen. Ebenso ist die politische Bewegung unter den Bauern groß. Die öffentliche Meinung und die Presse sehen daher mit Optimismus (?) auf die Lage.

Die rumänische Gesandtschaft in Paris dementiert offiziell die Nachricht von einem bolschewistischen Einmarsch in Rumänien.

Der polnische Frontbericht vom 21. Juli besagt unter anderem: Feindliche Abteilungen haben Grodno besetzt und tragen ihren Angriff an der Chaussee Grodno-Solomon vor. Infolge Abteilungen kämpfen bei Baku. Dieser Ort ging eine Zeitlang verloren, wurde aber durch Gegenangriff wieder genommen. Die Bolschewiken verließen bei Lunna und Wela und an der ganzen Ebene entlang auf der ganzen Seite-Linie, die besonders gegen den Brückenkopf Słonim gerichtet sind, wurden aufgehalten. Es entspannen sich heftige Kämpfe zwischen Słonim und Welska. Im Süden mußte die 18. Division nach heftigem Kampf Dubno räumen.

Warschau, 22. Juli. (Z. U.)

Der Oberste Rat der Nationalen Verteidigung hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Präsident die Vertrauensfrage stellte. Der Präsident erklärte im Anbetracht der schwierigen Lage der Nation dieses Votum verlangen zu müssen und vertief hierauf die Sitzung. Die bürgerlichen Mitglieder hielten hierauf eine Beratung ab und beschloßen nach kurzer Debatte in Abwesenheit der miträtischen Mitglieder, dem Präsidenten ihr volles Vertrauen auszusprechen. Ferner wurde beschlossen, eine Koalitionsregierung aus sämtlichen Parteien zu bilden. Den Posten des Ministerspräsidenten soll die Volkspartei besetzen.

Wien, 22. Juli. (D. A.)

Der rumänische Außenminister Zamfirescu hat mit dem polnischen Gesandten in Bukarest längere Unterredungen gehabt. Man schließt, auch mit Rücksicht auf die Leimobilisierung der rumänischen Armee, auf eine bevorstehende Einmischung Rumaniens in den polnisch-russischen Konflikt.

London, 22. Juli. (W. T. B.)

Die Agentur Reuter veröffentlicht eine Depesche aus Tiflis, die besagt, daß General Kuri mit 12.000, wie man sagt, bolschewistischen Soldaten in Baku eingetroffen sei.

im Plenum weiterverhandeln. Der Antrag Wissell wird angenommen. Damit ist die farblose Sitzung zu Ende.

Die Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

3. Sitzung, Donnerstag, den 22. Juli.

Präsident **Elder v. Braun** eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Minuten. Er teilt mit, daß die Schwierigkeiten in der Benutzung des Raumes überwunden sind. Die Teppiche und Läufer sind wieder da. (Spezial!) Er verliest dazu ein Schreiben des Präsidenten Leinert, in dem dieser mitteilt, daß die Behauptung, er habe die Teppiche und Läufer entfernen lassen, um den Reichswirtschaftsrat an der Tagung zu behindern, unrichtig ist. Er habe keinerlei „amtliche Kenntnis“ von der Tagung des Reichswirtschaftsrates gehabt. Die Aufräumungsarbeiten im Herrenhaufe seien gänzlich unbeeinträchtigt von der Behauptung des Herrenhaufes durch den Reichswirtschaftsrat angeordnet worden. Präsident Elder v. Braun bemerkt dazu, daß in mündlicher Verhandlung Präsident Leinert durchaus entgegenkommend gewesen sei, und erübrigt ihm dafür den Dank des Reichswirtschaftsrates auszusprechen zu dürfen. (Beifall.) Als einziger Punkt liegt auf der Tagesordnung: Bericht der Reichsregierung über die Verhandlungen in Spaa. Dazu möchte ich folgendes sagen: An verschiedenen Stellen in der Öffentlichkeit ist die Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht worden, daß der Reichswirtschaftsrat in Spaa vor dem Reichstage erhalte. Diese Verwunderung ist durchaus ungerichtet. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat der Reichswirtschaftsrat die Aufgabe gutachtlicher Äußerungen in wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen. Ein Gutachten hat aber nur dann einen Sinn, wenn es vor der Entscheidung gefällt wird. Deshalb liegt es im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen und im Interesse des Reichstages, daß der Reichswirtschaftsrat seine Meinung über das Verhandlungsergebnis in Spaa vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck bringt. Erinnern Sie sich bitte daran, daß Sie mich in unserer letzten Sitzung ermächtigt haben, die nächste Versammlung des Reichswirtschaftsrates dem einberufen, wenn die Verhandlungen in Spaa es notwendig machen. Dementprechend ist verfahren worden. Wir werden heute den Bericht der Reichsregierung entgegennehmen und Stellung dazu nehmen. Unsere Aufgabe beschränkt sich dabei auf das Gebiet, das bereits im Namen unserer Körperschaft zum Ausdruck gebracht wird. Wir haben es hier lediglich mit wirtschaftlichen Fragen zu tun. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach den bestehenden Bestimmungen laut Artikel 5 die wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes behandelt werden

können und nach Artikel 11 unsere Tätigkeit auf wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen beschränkt sei. Für das gesamte Deutschland würde es ein unerträglicher Zustand sein, wenn Reichswirtschaftsrat und Reichstag die Verhandlungen in Spaa nach den gleichen Gesichtspunkten betrachten würden, also nach politischen Gesichtspunkten. Wir werden uns bei unserer Stellungnahme streng an unsere Aufgabe halten müssen. Es ist klar, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Verantwortung für die Verhandlungen in Spaa zu übernehmen und der Regierung unsere Vertrauen oder Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen. Das ist ausschließlich Aufgabe des Reichstages. Er hat die Dinge rückschauend zu betrachten und darüber zu entscheiden, ob er den Ministern sein Vertrauen ausgesprochen will, die die Verhandlungen in Spaa geführt haben. Der Reichswirtschaftsrat hat die Dinge vorausschauend zu betrachten. Wenn auch an den Verhandlungsergebnis in Spaa nichts geändert werden kann, so hat und schwer es auch für das deutsche Volk sein mag, so haben wir die Aufgabe, über die Wege nach Spaa und nach Spaa vorzuschlagen, um trotzdem ein Wirtschaftsergebnis zu erhalten. Ich erbitte das Einverständnis der Versammlung, daß die Erörterung politischer Fragen nicht zugelassen werden soll. (Zustimmung.)

Reichswirtschaftsminister Scholz:

Bevor ich zu dem eigentlichen Thema übergehe, ein kurzes Wort zu der Frage, die eben angeregt worden ist. Die Reichsregierung hat sich in dieser Beziehung mit dem Vorgehen des Reichswirtschaftsrates einverstanden erklärt, aus den Gründen, die der Präsident vortragen hat. Die Reichsregierung ist in dieser Beziehung die Parteilose. Der Reichstag wird durch den Reichswirtschaftsrat nicht gebunden, daß sozialpolitische und wirtschaftspolitische Einwürfe von grundlegender Bedeutung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen sind. Liegt hier auch kein Gesuch vor, so wird man doch das, was hier vorgetragen ist, in gleicher Weise behandeln dürfen. Man wird feststellen dürfen, daß es auch den Interessen des Reichstages dienen muß, daß ein Sachverständigenkollegium zu dieser eminent wichtigen, für die ganze wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes bedeutsamen Frage gutachtlich Stellung nimmt, ehe der Reichstag seine politische Entscheidung fällt. Das entspricht sowohl der Würde des Reichswirtschaftsrates als den Interessen des Reichstages. Denn die politische Entscheidung des Reichstages wird auf diese Weise besser vorbereitet als ohne Anhörung des Reichswirtschaftsrates. Daher hat die Reichsregierung sich bereit erklärt, heute hier über die Verhandlungen in Spaa zu berichten. In diesem Gremium

